

Großbritannien hat weltweit die meisten Privatfirmen, die Söldner und Waffen an zahlungskräftige Kunden ausleihen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 011/19 – 25.01.19

Großbritannien ist das globale Zentrum für Privatfirmen, die militärische Dienstleistungen anbieten – und es ist fast unmöglich, herauszufinden, was sie treiben

Willkommen in der dunklen Welt der Söldner und der zu leasenden Waffenarsenale

Von Iain Overton, Laura Bruun und Elisa Benevilli

Zu dem Bericht beigetragen haben außerdem Matt Kennard, Timothy Young, Matthew Le-
ger, Susanna Kalaris, Samuel Brownsword, Sean French und Tom Ormson
open Democracy UK, 20.12.18

(<https://www.opendemocracy.net/uk/iain-overton-laura-bruun-elisa-benevilli/britain-is-world-centre-for-private-military-contractors>)

Gestern wurde ein US-Amerikaner verurteilt [weitere Infos dazu s. unter https://www.washingtonpost.com/local/legal-issues/blackwater-security-guard-convicted-in-2007-iraqi-civilian-massacre-at-third-us-trial/2018/12/19/e8b3d8ac-fd5f-11e8-ad40-cdfd0e0dd65a_story.html?noredirect=on&utm_term=.29fbdee52f94], weil er bei einer Patrouille im Irak unbewaffnete Zivilisten getötet hat. Er gehörte aber nicht zur U.S. Army, zum Zeitpunkt der Tat arbeitete er für die **US-Firma Blackwater** (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Academi>). Letzten Monat haben die Taliban in der afghanischen Hauptstadt Kabul einen tödlichen Selbstmordanschlag auf ein Camp verübt, das nicht von der regulären Armee eines Staates, sondern von der **britischen Sicherheitsfirma G4S** (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/G4S>) betrieben wird [s. <https://www.mirror.co.uk/news/world-news/breaking-g4s-suicide-bombing-10-13659365>]. Nach Angaben der Taliban wurden von dieser wichtigen Basis der britischen Firma aus immer wieder Angriffe auf die Taliban geplant und durchgeführt.

Die G4S ist eine der größten privaten Sicherheitsfirmen in Großbritannien, die das britische Militär in Afghanistan bei wichtigen militärischen Aktionen unterstützt. Durch den Anschlag wurde wieder einmal deutlich, in welchem Ausmaß private Sicherheitsfirmen, die militärische Dienstleistungen erbringen, auch direkt an Kampfhandlungen beteiligt sind.

Seit Beginn des "Krieges gegen den Terror" im Jahr 2001 haben Männer – denn es handelt sich fast ausschließlich um Männer – in Diensten von weltweit operierenden Private Military and Security Companies / PMSCs (von privaten Sicherheits- und Militärunternehmen, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Private_Sicherheits-_und_Milit%C3%A4r-unternehmen) Milliarden Dollar verdient. Auf den Schlachtfeldern im Irak oder in Afghanistan, in Somalia oder im Jemen übernehmen Privatfirmen immer mehr wichtige Rollen, die bisher regulären Armeen vorbehalten waren.

Großbritannien hat mit der Privatisierung des modernen Krieges begonnen. Es stellt weltweit auch die meisten Söldner zur Verfügung, die in den "Krisenherden" im Mittleren Osten Terroristen oder am Horn von Afrika Piraten bekämpfen. Die größten Kunden dieser privaten Sicherheitsfirmen sind Regierungen. Die britische Regierung gibt zum Beispiel seit 2004 jährlich rund 50 Millionen £ (1 £ = 1,11 Euro) für Söldner aus [s. dazu auch <https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/>

system/uploads/attachment_data/file/35502/0669-12.pdf]. Der globale Gesamtumsatz der privaten Sicherheitsindustrie wird auf 69 bis 275 Milliarden £ jährlich geschätzt [s. <https://www.theguardian.com/business/2016/feb/03/britain-g4s-at-centre-of-global-mercenary-industry-says-charity>].

Viele dieser Firmen arbeiten für jeden, der dafür bezahlt – für wohlhabende Privatpersonen oder für irgendwelche Interessengruppen. Das können sie auch problemlos tun, denn trotz des großen Umfangs der Sicherheitsindustrie gilt für den ganzen Sektor strikte Geheimhaltung. In den Bereichen Täuschung und Subversion ausgebildete Männer beherrschen ihr Metier und sorgen dafür, dass ihre Tätigkeit im Dunkeln bleibt.

Eigentlich wissen wir nur, dass viele dieser Söldnervermittler, besonders die aus Großbritannien und den USA, an Militäroperationen sowohl im Irak und in Afghanistan beteiligt sind. **Wir wissen außerdem, dass in Kämpfen eingesetzte Söldner völlig steuerfrei bis zu 10.000 £ pro Monat verdienen können. Und wir wissen auch, dass private Sicherheitsfirmen an der Tötung von Zivilisten beteiligt waren.** Söldner der **US-Firma Blackwater, die jetzt Academi heißt**, haben im September 2007 auf irakische Zivilisten gefeuert und dabei 17 getötet und 20 weitere verwundet. Ebenfalls im Jahr 2007 hat **die in London ansässige Firma Aegis Defence Services** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Aegis_Defence_Services), die Tim Spicer, einem ehemaligen Generalleutnant der Scots Guards (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Scots_Guards) gehört, ein Bild ins Netz gestellt hat, auf dem Söldner zu sehen sind, die auf Zivilisten schießen. Die Firma teilte dazu mit, diese Aktion sei nach den Regularien der nicht mehr existierenden Coalition Provisional Authority im Irak (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Koalitions-%C3%9Cbergangsverwaltung>) völlig legal gewesen. Spicers Firma wurde außerdem vorgeworfen, Kindersoldaten aus Sierra Leone als Söldner im Irak eingesetzt zu haben, weil sie billiger als europäische Söldner waren [s. <https://www.theguardian.com/global-development/2016/apr/17/uk-firm-employed-former-child-soldiers-as-mercenaries-in-iraq>]. James Ellery, ein ehemaliger Direktor, sagte dazu, damit habe man Kosten sparen wollen.

Im Jahr 2011 wurden Mitarbeiter einer weiteren privaten britischen Sicherheitsfirma, der **Protection Vessels International Ltd.** (s. <https://www.pvilttd.com/home.html>) festgenommen, weil sie illegal Waffen nach Eritrea verbracht hatten; später wurden sie wegen Sabotage, Spionage und der Unterstützung von Terroristen angeklagt. Eine "Entschuldigung" der Firma wurde akzeptiert [s. <https://www.independent.co.uk/news/world/africa/security-firm-offers-apology-in-bid-to-free-britons-held-in-eritrea-2294862.html>], und sie floriert bis heute.

Die privaten Sicherheitsfirmen Großbritanniens sind nirgendwo offiziell registriert, und das ist auch nicht gesetzlich vorgeschrieben. Sie werden nur im britischen Companies House (Handelsregister, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Companies_House) als Sicherheitsdienstleister erfasst – unter Tausenden von Kleinunternehmen, die alles Mögliche anbieten, vom Türsteher für Diskotheken bis zum Werksschutz für Industrieunternehmen. Mit Hilfe dieses Registers ist es uns aber gelungen, insgesamt 235 britische Sicherheitsfirmen zu erfassen, die auf ihren Websites auch international umfangreichere Dienstleistungen sicherheitstechnischer oder militärischer Art anbieten.

Nachforschungen von Action on Armed Violence (s. <https://aoav.org.uk/> und <https://aoav.org.uk/2018/britains-private-military-and-security-industry-examined/>) haben Folgendes ergeben: Es mangelt durchgängig an Transparenz, bewaffnete Unterstützung wird ohne jede Einschränkung allen angeboten, die sie bezahlen können, ungeprüft eingestellt werden vor allem ehemalige Soldaten, die bei Spezialkräften ein-

gesetzt waren, und es spielt meistens auch keine Rolle, ob der bezahlte Einsatz nach dem Völkerrecht oder anderen Gesetzen überhaupt zulässig ist.

Wer, wo, wann und wie? Allen privaten britischen Sicherheitsfirmen mangelt es an Transparenz

Der größte Mangel der britischen Söldner-Industrie ist die häufig fehlende Transparenz. Ein Zehntel der Firmen hat überhaupt keine Website; Firmen, die eine haben, verschweigen wichtige Informationen, zum Beispiel die Anzahl der Beschäftigten, die Art der angebotenen Dienstleistungen, den geografischen Einsatzbereich oder Referenzen zu ausgeführten Aufträgen. Die Websites der meisten Firmen sind bewusst sehr schlicht gehalten, bestehen oft aus nur einer Seite, und viele sind nur mit einem Zugangscode aufzurufen.

Zugriff auf die Website von **Interventions Ltd.** [s. <http://www.interventionsltd.com/about-us/>] haben zum Beispiel nur "Polizisten, Militärs und Mitarbeiter von Regierungsorganisationen aus dem Bereich der Strafverfolgung". Das ist zwar zulässig, behindert aber Versuche, herauszufinden, was diese Firmen eigentlich treiben, und erschwert auch die Recherchen von Journalisten und Experten.

Während die meisten Sicherheitsfirmen ihre Direktoren oder Gründer nennen, gibt nur ein Fünftel Auskünfte über sonstige Mitarbeiter. 77 Prozent der Firmen nennen nur die Initialen bzw. Vornamen von Mitarbeitern oder machen überhaupt keine Angaben. Mitarbeiter der Firma **Cobra International Security** (s. <http://www.cobrainternationalsecurity.com/>) erscheinen als Paul G., John S. oder Chris M. – mit einigen Angaben zu ihrer beruflichen Qualifikation. Auf den Websites der **Patriot Group** (s. http://www.patriotgroup.co.uk/the_team.htm) und der Firma **Excellentia** (s. <https://excellentia.co.uk/>) haben alle Personen unscharfe Gesichter. Unsere Anfrage nach Gründen für die Verpixelung wurden nicht beantwortet. Diese Praktiken sind zwar alle nicht verboten, erschweren aber die Nachforschungen über diesen umstrittenen Geschäftszweig.

In mehreren Fällen waren auf den Websites der Firmen andere Direktoren als bei Companies House verzeichnet. In anderen Fällen war nicht klar, ob die verzeichneten Direktoren oder andere genannte Führungspersonen tatsächlich die Geschäfte führten. Zum Beispiel hat während unserer Nachforschungen ein Mitglied des auf der Website von **3E International** [s. <https://3e-intl.com/about-us/3e-team/>] angegebenen Führungsteams bestritten, für diese Firma zu arbeiten. Ihr Profil wurde daraufhin gelöscht.

Die Sicherheitsindustrie weist eine hohe Fluktuation auf; ständig werden neue Firmen gegründet und kurze Zeit später wieder aufgelöst; der Grund dafür könnte sein, dass sie nur für bestimmte Projekte geschaffen werden. Aber auch diese Praxis trägt zur Undurchsichtigkeit des gesamten Sektors bei. Häufig bieten vom gleichen Direktor geführte Firmen auch ganz unterschiedliche Dienstleistungen an.

Nachforschungen haben außerdem ergeben, dass Deckadressen verwendet werden. Die drei Firmen **International Security**, **Security Sure Solutions Ltd** (s. <https://www.securitysuresolutions.com/>) und **Precedence Global Ltd** (s. <http://www.precedenceglobal.com/>) hatten die gleiche Anschrift – ein polnisches Restaurant. Auf Anfrage gab Precedence Global zu, dass die angegebene Adresse nur ein "virtuelles Büro" sei und aus Sicherheitsgründen benutzt werde. Andere Firmen hatten die gleiche Adresse wie Medien oder Wohnungsgesellschaften.

Es stellte sich heraus, dass mindestens 32 Sicherheitsfirmen solche "virtuellen Büros" betreiben, die oft in prestigeträchtigen Gegenden wie der City of London liegen und teuer be-

zahlt werden müssen, damit sie als "Briefkasten" benutzt werden dürfen, während die Firmen an ganz anderen Orten arbeiten. **Capital Office Ltd** [s. <https://yourvirtualofficelondon.co.uk/>], bietet solche Briefkästen an, die von mindestens 6 Sicherheitsfirmen benutzt werden. Die Briefkästen werden mit der Versicherung angeboten, eine virtuelle Adresse könne "das Ansehen einer neuen Firma heben, weil sie den Anschein erweckt, sie residieren in einer sehr teuren Umgebung".

Diese Variante ermöglicht es Sicherheitsfirmen, sich irgendwo auf der Welt niederzulassen und vorzugeben, sie operierten von Großbritannien aus – mit dem Bonus, "britischen Standards" zu entsprechen.

Wo diese Firmen tatsächlich sitzen, bleibt im Dunkeln. Mehr als zwei Drittel der britischen Sicherheitsfirmen verschweigen, wo sie tatsächlich zu finden sind, oder verschleiern ihr Aktionsfeld mit Begriffen wie "globale" oder "internationale" Aktivitäten. Manchmal bieten sie ihre Dienstleistungen auch für "Krisengebiete" an, in denen sie von "Kunden" benötigt werden. Bestenfalls nennen sie auch bestimmte Einsatzzonen wie Seegebiete oder Häfen. Nur 60 Firmen nennen Staaten, in denen sie bereits tätig waren. Insgesamt bleibt ihr Tun sehr intransparent.

Die weitgehende Undurchsichtigkeit und die vagen Formulierungen machen es unmöglich, herauszufinden, wozu diese Firmen wirklich in der Lage sind. Häufig versprechen sie professionelle Arbeit, ohne konkrete Beispiele dafür zu nennen. Die Beschreibung ihrer Angebote bleibt meistens völlig substanzlos. Eine Firma sichert "operationelle Unterstützung" zu, ohne anzugeben, welche Art Unterstützung sie anzubieten hat. Eine andere Firma verspricht die "Unterstützung von Projekten durch eine Kombination aus Ortskenntnissen und eigenen Erfahrungen in komplexen Situationen". **Auf mehr als zweihundert Websites, die Hilfe in bewaffneten Konflikten anbieten, kam am häufigsten die Phrase "maßgeschneiderte Sicherheitslösungen" vor, die bewusst so vage formuliert ist, dass sie nicht gegen einschlägige Gesetze verstößt.**

Alle Websites bedienen sich einer seltsamen Sprache aus militärischen und wirtschaftlichen Fachbegriffen. Die Sicherheitsfirmen bieten Kunden, die häufig anonym bleiben wollen, sehr diskret ihre vielfältigen Dienste an. Sie werden von Männern geführt, die im Täuschen, Geheimhalten und in gezielter Gewaltanwendung ausgebildet sind; diese Männer verstehen es sehr gut, ihre Aktivitäten vor allen geheim zu halten, die nicht dafür bezahlen. Insider behaupten, diese Männer müssten "unter dem Radar" operieren, um ihre Kunden zu schützen (und zu behalten), damit sie diese Kunden nicht an irgendwelche Terroristen, Hacker oder Schurken verlieren". Das sollte aber nicht als Ausrede für die fehlende Transparenz dienen.

Bewaffneten Schutz erhält, wer dafür bezahlt: Wenn der Profit bestimmt, wer wo zu "schützen" ist

Es wird niemand überraschen, dass die privaten britischen Sicherheitsfirmen von wirtschaftlichen und nicht von humanitären Motiven getrieben werden; sie bieten ihre Dienste allen an, die genügend Geld dafür haben. Zu Hochzeiten sollen im Irak 80 britische Sicherheitsfirmen militärische Dienstleistungen erbracht haben [s. <https://www.theguardian.com/business/2016/feb/03/britain-g4s-at-centre-of-global-mercenary-industry-says-charity>]. Einige der größten Firmen sollen ihre Existenz den hohen Profiten verdanken, die sie in den Kriegen im Irak und in Afghanistan eingesammelt haben.

In den letzten Jahren ist die Bekämpfung von Terroristen und Piraten zur Haupteinnahmequelle geworden. Das geht aus der Werbung der Sicherheitsfirmen hervor. Viele von ihnen

erwähnen ausdrücklich, dass sie im Golf von Aden, im Indischen Ozean, im Golf von Guinea, am Horn von Afrika oder in Somalia tätig waren, und werben mit ihrer Erfahrung im Ausschalten von Piraten. Die Sicherheitsfirmen, die Piraten bekämpfen, sind trotz der Warnung gewachsen, dass ihre Anwesenheit auf See die Piraten nur zu noch größerer Gewaltanwendung provozieren könnte [s. dazu auch <http://news.bbc.co.uk/2/mobile/africa/8585967.stm>].

Die britischen Firmen behaupten, in 17 der 30 Staaten zu operieren, denen das britische Außenministerium vorwirft, die Menschenrechte zu verletzen – im Irak, in Afghanistan, Libyen, Somalia, Ägypten, Saudi-Arabien, Pakistan, in der Demokratischen Republik Kongo, in Russland, Kolumbien, im Jemen, in Syrien, Myanmar, im Iran, in Bahrain, Venezuela und im Südsudan. Was treiben die Sicherheitsfirmen dort? Wer überwacht ihre Operationen, besonders in Staaten, deren Regierungen selbst schwere Menschenrechtsverletzungen begehen? Wer bezahlt die Firmen für solche Einsätze? All das wissen wir nicht!

Wir wissen jedoch, dass die britische Regierung im letzten Jahrzehnt britische Sicherheitsfirmen in mindestens fünf dieser Staaten eingesetzt hat – im Irak, in Afghanistan, im Jemen, in Libyen und in Somalia [s. https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/35502/0669-12.pdf]. Und wir wissen, dass in einigen dieser Staaten auch Zivilisten von Söldnern der Sicherheitsfirmen getötet wurden [s. <https://www.ibtimes.co.uk/hold-saturday-8am-dogs-war-who-are-british-mercenaries-roaming-africa-accused-war-crimes-1542030>]. Weil keinerlei Kontrolle stattfindet und die Medien selten über den Einsatz von Söldnern berichten, wissen wir nicht, wie viele Zivilisten insgesamt getötet wurden, und ob oder welche britischen Sicherheitsfirmen daran beteiligt waren. Trotz mangelnder Transparenz und vorliegender Beweise dafür, dass Sicherheitsfirmen an Menschenrechtsverletzungen und Maßnahmen zur politischen Destabilisierung beteiligt waren, setzt das britische Außenministerium solche Firmen immer noch in Staaten ein, in denen nachweislich gegen die Menschenrechte verstoßen wird.

Durch die Übertragung von Militäreinsätzen an Sicherheitsfirmen will die Regierung Geld sparen. Andy Bearpark von der British Association of Private Security Companies / BAPSC (s. https://www.sourcewatch.org/index.php/British_Association_of_Private_Security_Companies) stellte dazu fest: "Bestimmte Aufgaben können viel kostengünstiger durch privaten Sicherheitsfirmen gelöst werden." [s. <https://www.bbc.com/news/business-11521579>] Wer soll in Gebieten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, die Anwendung illegaler Gewalt kontrollieren und gegebenenfalls unterbinden, wenn dort (keine regulären britischen Streitkräfte, sondern) nur noch Sicherheitsfirmen agieren?

"Der Drehtür-Effekt" – Wenn die klare Trennung zwischen regulären Armeen und privaten Sicherheitsfirmen verwischt wird

65 Prozent, also fast zwei Drittel der Sicherheitsfirmen, die wir untersucht haben – darunter auch führende wie **Constellis** (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Constellis>), **Aegis** (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Aegis_Defence_Services) und **Control Risks** (s. <https://www.controlrisks.com/de>) – weisen ausdrücklich darauf hin, dass Mitglieder ihres Führungspersonals oder ihre Direktoren einen militärischen Hintergrund vorweisen können und entweder bei den Royal Marines (der Königlichen Marineinfanterie) oder bei den British Special Forces gedient haben.

Die **Britannia Risks Group** (s. <https://www.britanniarisksgroup.com/maritime-security/>), eine für die Sicherheit auf See zuständige Firma, wirbt damit, über ein starkes Team aus ehemaligen Offizieren der Marineinfanterie mit wissenschaftlicher Ausbildung und Seeleuten der Royal Navy zu verfügen, "die den Kunden ihre unbezahlbaren Erfahrungen zur

Verfügung stellen". Wahrscheinlich beschäftigen sogar mehr als 65 Prozent der Sicherheitsfirmen ehemalige Militärs, ohne besonders darauf hinzuweisen.

Die engen Verbindungen zwischen dem Militär und dem privaten Sicherheitssektor werden auch durch ihre räumliche Nachbarschaft belegt. In der Nähe des Hauptquartiers des Special Air Service / SAS (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Special_Air_Service) bei Hereford residieren mindestens neun private Sicherheitsfirmen, die militärische Dienstleistungen anbieten. Die Beschäftigung ehemaliger Militärs impliziert für viele Kunden automatisch eine Garantie für gutes Verhalten, und die ehemaligen Soldaten, die nach ihrem Militärdienst eine lukrativere Karriere im privaten Sicherheitssektor anstreben, gelten in den Augen vieler ohnehin als "Helden".

Daraus ergeben sich aber auch Probleme.

Die Vorstellung, bei der Einstellung von professionellen Ex-Militärs auf eine gründliche Überprüfung der Bewerber verzichten zu können, kann schwerwiegende Folgen haben. 2009 hat ein ehemaliger Fallschirmjäger der britischen Armee im Irak zwei G4S-Kollegen erschossen. Die G4S, eine der größten Sicherheitsfirmen der Welt, hatte ihn eingestellt, obwohl ihn die britische Armee wegen einer erwiesenen posttraumatischen Belastungsstörung entlassen hatte. Die Firma musste daraufhin "Mängel bei der Überprüfung von Bewerbern" zugeben [s. <https://www.channel4.com/news/by/simon-israel/blogs/g4s-inquest-iraq-death-paul-mcguigan-danny-fitzsimons>]. Ähnliches geschah auch im Jahr 2016, als die G4S erklären musste, warum einer ihrer Mitarbeiter mit Waffen hantieren durfte, obwohl er überhaupt keinen Waffenschein besaß. Dieser Mitarbeiter war Omar Mateen, der später in einem der schlimmsten Amokläufe der neueren Geschichte der USA vor einem Nachtclub in Florida 49 Menschen erschossen hat [s. dazu auch <https://www.daily-mail.co.uk/news/article-3783556/G4S-security-firm-fined-151-000-faking-Omar-Mateen-s-psychological-tests.html>].

Combat Stress (s. <https://www.combatstress.org.uk/>), eine Vereinigung, die sich um die psychische Verfassung von Kriegsveteranen kümmert, hat festgestellt, das jährlich mehr als 2.200 psychische Erkrankungen bei Soldaten im Kampfeinsatz auftreten [s. <https://www.combatstress.org.uk/file/5677/download?token=hvKilapO>]. Eine Untersuchung, in die aktive Soldaten, Reservisten und ehemalige Kriegsteilnehmer einbezogen wurden, hat ergeben, dass insgesamt 27,2 Prozent der Untersuchten in schlechter psychischer Verfassung waren [s. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2774683/>]. Die Gefahr, dass Männer unter 25 Jahren Selbstmord begehen, ist bei ehemaligen Soldaten zwei bis dreimal höher als bei "Ungedienten" dieser Altersgruppe. Viele dieser jungen ehemaligen Soldaten "in schlechter psychischer Verfassung" heuern bei privaten Sicherheitsfirmen an, erhalten dort aber keinerlei psychische Betreuung. Sie sehen das als "Verlängerung ihres Wehrdienstes" an, obwohl das in Wirklichkeit nicht zutrifft.

In der Praxis werden private Sicherheitsfirmen im Gegensatz zur regulären Armee kaum kontrolliert. Es besteht der Verdacht, dass sie die britische Regierung als verlängerten Arm der Armee betrachtet und vor allem mit Aufträgen betraut, die eine reguläre Armee nicht durchführen darf. Das wirft erneut die Frage nach der fehlenden Kontrolle auf – denn es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Söldner der Privatfirmen auch so genannte "Black Ops" (illegale Geheimoperationen) durchführen müssen.

Wie stehen die Sicherheitsfirmen zum Recht?

Auch die Einstellung der Sicherheitsfirmen zum Recht wurde untersucht. International hat es bisher nur einen Versuch gegeben, die privaten Sicherheitsfirmen an international geltende rechtliche Standards zu binden – durch den International Code of Conduct / ICoC,

(s. https://en.wikipedia.org/wiki/International_Code_of_Conduct_for_Private_Security_Service_Providers), der 2010 auf Initiative der Regierung der Schweiz zustande kam. Von den 235 britischen Sicherheitsfirmen haben nur 15 den ICoC anerkannt. Nur 7 Prozent der 212 überprüfbaren Firmen-Websites enthalten den Vermerk, man bewege sich "im Rahmen des Rechts". Mehr als 90 Prozent der Websites enthalten keinerlei Hinweise auf rechtliche Standards.

Generell scheinen alle britische Sicherheitsfirmen ein "System der Selbstregulierung unter Berücksichtigung nationaler Gesetze" zu bevorzugen – auch dann, wenn sie international operieren, in Gebieten, in denen nationale Gesetze nicht durchsetzbar sind, weil die Polizeipräsenz äußerst dürftig ist.

Die von den Sicherheitsfirmen in Bezug auf das Recht benutzten Formulierungen sind meistens sehr vage. Einige geben an, "das Ziel zu haben, sich innerhalb des Rechts zu bewegen", oder es, "wenn möglich, einhalten zu wollen". In vielen Fällen scheinen die Wünsche der Kunden absoluten Vorrang zu haben. Auf der Website einer Firma ist zum Beispiel zu lesen: "Wir werden nicht zögern, wenn es um ihre Rundum-Sicherheit geht." Das ist zwar nicht illegal, wirft aber die Frage auf, was "nicht zögern" bedeutet, wenn Menschenrechte verletzt werden sollen.

Außerdem hat der ständig wachsende Einsatz von Sicherheitsfirmen bei der Bekämpfung von Piraten sehr viele seerechtliche Probleme aufgeworfen. In internationalen Gewässern fühlen sich die Sicherheitsfirmen nicht an nationale Gesetze gebunden und führen deshalb häufig über See illegale Waffenlieferungen in Staaten durch, deren Küsten nicht ausreichend überwacht werden [s. <https://www.theguardian.com/world/2013/jan/10/pirate-weapons-floating-armouries>]. Die Vorstellung, wegen fehlender Strafverfolgung könne sich eine nicht mehr kontrollierbare Flut von Waffenlieferungen in bestimmte Länder ergießen, verursacht nicht nur deren Regierungen Albträume.

Es ist auch nicht geklärt, wer eine private Sicherheitsfirma zur Rechenschaft ziehen kann, wenn sie – was schon geschehen ist – in internationalen Gewässern auf unbeteiligte Fischerboote schießen lässt. Wir wissen leider nicht, ob auch schon britische Sicherheitsfirmen an solchen illegalen Aktionen auf offener See beteiligt waren, und ob dabei auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden.

Einige Kommentatoren haben behauptet, die britischen Sicherheitsfirmen hätten sich in den letzten Jahren umgestellt und die "schnellen und lockeren Geschäftsverbindungen aus den Anfängen des Krieges gegen den Terror völlig aufgegeben". Der ICoC für private Sicherheitsdienstleister, zu dessen Einhaltung sich aber nur wenige Firmen verpflichtet haben, werde weitgehend eingehalten. Solche Verpflichtungen sind aber nicht bindend, und trotz der Beteuerungen von Sicherheitsfirmen, sie hielten sich daran, hat unsere Untersuchung etwas anderes ergeben.

Die **Security in Complex Environments Group** (s. <https://www.sceguk.org.uk/>), eine Organisation, die Standards für die Arbeit britischer Sicherheitsfirmen im Ausland entwickeln soll und deren Direktor Brigadegeneral Paul Gibson ist, der früher die britische Terrorbekämpfung geleitet hat, äußerte 2016 gegenüber der britische Zeitung *The Guardian*: "Schwarze Schafe gibt es in jedem Geschäftsbereich. Wenn ein Kunde dazu bereit ist, Risiken einzugehen, indem er eine unseriöse Sicherheitsfirma engagiert, ist das seine Sache. Britische private Sicherheitsfirmen halten hingegen die rechtlichen Standards ein." [s. <https://www.theguardian.com/uk-news/2016/feb/06/the-return-of-the-dogs-of-war-whats-it-like-to-be-a-soldier-for-hire>] Nach unserer Untersuchung können wir das nicht bestätigen.

Es muss dringend gehandelt werden

Die von **Action on Armed Violence** (s. <https://aoav.org.uk/>) durchgeführte Untersuchung von 235 britischen Sicherheitsfirmen, die ihre Dienste international anbieten, hat zahlreiche Ungereimtheiten in diesem weitgehend im Dunkeln operierenden Gewerbe aufgedeckt; dabei hat sich herausgestellt, dass unkontrolliert agierende, nur nach eigenen Regeln handelnde und ausschließlich profitorientierte Privatfirmen von der Regierung mit sicherheitsrelevanten Aufgaben betraut werden.

Die Nachforschungen haben die besorgniserregende Tendenz der britischen Regierung ans Licht gebracht, immer mehr staatliche Aufgaben privaten Sicherheitsfirmen zu übertragen und damit für deren anhaltendes Wachstum zu sorgen. Das Ausgliedern militärischer Aufgaben untergräbt nicht nur das staatliche Monopol auf legale Gewaltanwendung, weil die privaten Sicherheitsfirmen keiner strengen Überwachung unterliegen, werden damit auch die Kontrollmechanismen ausgehebelt, denen die regulären Streitkräfte unterworfen sind.

Das britische Außenministerium versichert zwar, die von der Regierung beauftragten privaten Sicherheitsfirmen würden nur defensive Operationen durchführen und ihre Mitarbeiter seien deshalb auch keine "Söldner", aber der Mangel an Transparenz, der die gesamte Industrie kennzeichnet, veranlasst uns, dieser Versicherung zu misstrauen. Deshalb fordert wir von Action on Armed Violence die britische Regierung auf, ihr eigenes Bekenntnis zu den Menschenrechten ernst zu nehmen. Sie muss den Einsatz privater Sicherheitsfirmen in Staaten mit Menschenrechtsproblem wenigstens so lange stoppen, bis die Sicherheitsindustrie für mehr Transparenz sorgt und ihre Aktivitäten überwachen lässt.

(Wir haben den informativen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern und Hervorhebungen versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken.)



Britain is the world centre for private military contractors – and it's almost impossible to find out what they're up to
Welcome to the murky world of mercenaries and floating armouries...

Iain Overton, Laura Bruun, and Elisa Benevilli

Additional reporting from Matt Kennard, Timothy Young, Matthew Leger, Susanna Kalaris, Samuel Brownsword, Sean French and Tom Ormson

20 December 2018

Yesterday, an American man was convicted for killing unarmed civilians whilst on patrol in Iraq. But he wasn't a member of the US Army. When the incident took place, he was working for the company Blackwater. Last month, the Taliban carried out a lethal suicide attack in Kabul, Afghanistan. But the compound they targeted wasn't controlled by the army of any nation. It was run by G4S. According to the Islamist group, the British company constituted an 'important base of occupying forces', from which attacks against the Taliban were planned and mobilised.

G4S, one of the UK's biggest private military companies, provides pivotal 'operational support' to Britain's military in Afghanistan and such incidents bring back into focus the extent that private military and security companies are present – and sometimes directly involved – in combat.

Since the 'War on Terror' began in 2001, billions of dollars have been made by men (and it is almost always men) working for private military and security companies (PMSCs) around the world. In the killing zones of Iraq or Afghanistan, Somalia or Yemen, such corporations have become central to undertaking roles traditionally reserved for national militaries.

Britain has led this privatisation of modern warfare. It leads the world in providing armed contractors to 'hot spots', be it combating terrorism in the Middle East or fighting pirates off the Horn of Africa. Some of their biggest clients are governments; since 2004, the British state has spent approximately £50 million annually on mercenary companies. The total worth of the global private military and security industry has been estimated to stand somewhere between £69 billion and £275 billion a year.

Many of these companies will serve whoever can pay – from wealthy private individuals to faceless corporations. It is easy for them to do so. Despite the size of this mercenary industry, the entire sector is marked by secrecy. Men trained in the arts of subterfuge and counter-intelligence dominate this sphere, and the result is an industry that operates from the shadows.

What we do know is that many of these mercenary companies, especially ones based in the UK and US, were heavily involved in military campaigns in both Iraq and Afghanistan. We know their armed personnel can earn as much as £10,000 a month, tax-free. And we know that some private military contractors have been directly implicated in civilian deaths; the employees of Blackwater, now Academi, a US private military corporation, opened fire on Iraqi civilians in September 2007, killing 17 and wounding a further 20. In 2007, employees of Aegis Defence Services, based in London and run by the former Scots Guards officer Lt-Col Tim Spicer, posted footage on the web showing their guards firing their weapons at what has been reported as 'civilians'. The company said the shootings were legal within rules of protocol established by the now-defunct Coalition Provisional Authority in Iraq. The company has also been criticised for allegedly employing former child soldiers from Sierra Leone as mercenaries in Iraq, for the simple reason that they were cheaper than their European counterparts. James Ellery, a former director, said the company had a cost-reduction 'duty' to recruit from cheaper countries.

In 2011, personnel from another UK private military contractor, Protection Vessels International Ltd, were arrested for stashing arms on Eritrean territory without permission and were later charged with sabotage, espionage and terrorism. The company's apology was accepted and, today, it thrives.

There is no central database of private military and security companies operating from the UK, and no legal requirement to register with a governing body. Only one dataset offers insight: the UK's Company House provides a code for companies that offer security services. Thousands of small businesses are listed, offering anything from bouncers to industrial site protection. But within this list, our researchers identified 235 UK-registered military and security companies whose websites offered higher-level security work, usually international and involving armed protection.

Our researchers found a systemic lack of transparency; a clear willingness to offer use of armed force irrespective of who is doing the hiring; a significant source of employment for

ex-Special Forces personnel, often without checks; and, at times, a lack of compliance with international law or norms.

Who, where, when, how? British private military and security companies lack transparency

One of the most concerning characteristics of the British mercenary industry is a fundamental lack of transparency. One-tenth of companies do not have an operating website. Those that do reveal little. Basic information, such as staff details, what precise services the company offers, the exact geographical reach of operations, or who they might have offered services to in the past, is rare. Most companies' websites are sparse and purposefully so, often either consisting of a single page with almost no information, or requiring login details.

Access to Interventions Ltd's website, for instance, is only allowed to "members of the Police, Military or a Government Agency involved with Law Enforcement". Whilst not illegal, this frustrates attempts to identify what these companies are up to and blocks scrutiny from journalists and researchers.

While the majority listed their managing director or founder, only one-fifth provide details of other staff. In general (77% of the time), staff members were either not listed at all, or referenced just using their first names or initials. A company such as Cobra International Security simply lists its staff as 'Paul G', 'John S' or 'Chris M', followed by descriptions of their professional backgrounds. Blurred pictures are often used, such as on the websites of Patriot Group and Excellentia. We asked these companies why they blurred their workers' faces. They declined to answer. None of this is illegal, but it does frustrate research into a controversial industry.

In several cases, there were mismatches between the names of directors listed on a company's website and those on Companies House. In other cases, there were doubts as to whether listed directors or senior personnel are actually part of the day-to-day operations of the business. For instance, in the course of this investigation, a member of the team listed on the pages of 3E international denied working for the company. Her profile was subsequently deleted.

The industry is marked by a high turnover of companies; businesses are formed and then dissolved a short while later. This practise might be to create companies to provide certain projects, but it adds to the impenetrable nature of this sector, where so much is opaque and seemingly unaccountable. Elsewhere, companies owned by the same director offered completely different services.

A clear pattern of disguised addresses also appeared from our research. We found three companies (International Security, Security Sure Solutions Ltd and Precedence Global Ltd) registered at the same address that turned out to be a Polish restaurant. When contacted, one of the companies, Precedence Global, admitted that it did not operate from this location and that it was a 'virtual office', owing to 'security concerns.' Other contractors shared the same addresses as media or housing companies.

At least 32 companies turned out to be using such 'virtual offices', allowing companies, for a fee, to use a 'prestigious' address (i.e. a City of London postcode) without actually operating from there. One of the service providers, Capital Office Ltd, used by at least six military and security companies, promotes its services by saying virtual addresses 'can add to the authenticity of your new company because it looks like you have offices within a busy business hub'.

The trend enables companies to base themselves anywhere in the world but claim that their operations are from the UK, with the implication – perhaps – that this brings a certain ‘British standard’.

Where these companies are actually operating is, again, opaque. More than two-thirds looked at either failed to mention where they operated or did so in obtuse terms, boasting a ‘global’ or ‘international’ reach. Sometimes they offered their services in ‘hostile environments’, ‘where the client needs us’. At best, they mentioned specific regions, seas or ports. But only 60 companies explicitly mention some of the countries they have been operating in, so overall operational transparency remains limited.

The pervasive lack of transparency and vague phrasing also means it is impossible to determine what the companies are actually capable of. Often, they claim professionalism without providing specific examples, while descriptions of their work often provide no substance. One company said it provided ‘operational support services’ without specifying the type of support. Another company provided ‘project support by combining local knowledge with our own expertise in... complex environments.’ The most frequent phrase on the more than two hundred websites that Action On Armed Violence scrutinised was ‘bespoke security solutions’: vague enough not to break any laws.

The websites are written in this strange language that combines military terminology with business-speak. These companies provide discreet services for clients that often want to remain anonymous. This is an industry run by men trained in concealment, secrecy and measured violence – and one that remains impenetrable to anyone who does not show funds to gain access. Industry insiders argue that they need to operate ‘under the radar’ to protect their clients, and not “share (them) with every terrorist, hacker or bad guy on the planet” as one security operative put it. This should not be an excuse to hide from transparency.

Putting the gun where the money is: when profit controls where and who to ‘protect’

Unsurprisingly, Britain’s private military contractors are driven by economic rather than humanitarian priorities; their operations dictated by where the money is. At its height, there were reportedly 80 British military companies operating in Iraq, while some of the biggest companies are said to owe their very existence to the profits garnered in wars in Iraq and Afghanistan.

In recent years, alongside counter-terrorism operations, anti-piracy campaigns have become a major source of income. This is reflected in marketing materials. Numerous companies explicitly mention working in either the Gulf of Aden, Indian Ocean, Gulf of Guinea, Horn of Africa or Somalia, and directly advertise their anti-piracy capabilities. The anti-piracy industry grew despite warnings that increased private military presence at sea displaces the piracy threat and tends to provoke pirates to use increased violence.

British companies claim to operate in 17 out of the 30 countries that the Foreign Office lists as ‘Human Rights Priorities Countries’ (namely: Iraq, Afghanistan, Libya, Somalia, Egypt, Saudi Arabia, Pakistan, the DRC, Russia, Colombia, Yemen, Syrian, Myanmar, Iran, Bahrain, Venezuela and South Sudan). What are these companies doing there? What oversight is in place in these operations, especially as in some places the government is itself implicated in gross human rights abuses? And who is paying these companies? We don’t know.

We do, however, know that the UK government has, in last decade, deployed British security companies to at least five of these countries; Iraq, Afghanistan, Yemen, Libya and So-

malia. And we know that civilians have been killed by security companies in some of these countries. Given the lack of accountability and media coverage in these areas we do not know just how many civilians have been killed, and what British companies – if any – were involved. Despite the security companies' aversion to transparency, and evidence that some have engaged in human rights abuses and political destabilisation, the Foreign Office continues to deploy contractors to states where the Foreign Office itself has spoken out against human rights violations.

Outsourcing military operations may save governments money. As Andy Bearpark from the British Association of Private Security Companies (BAPSC) puts it "certain activities can be done much more cost-effectively by the private sector." But when private contractors are deployed to areas of high human rights abuse, how rigorously will any overuse or illegal use of force be investigated or prosecuted?

'The revolving door' – when the line between national armies and PMSCs diminishes

Almost two-thirds of companies we looked at (65%), including leading companies such as Constellis, Aegis and Control Risks, explicitly mention that members of their staff or directors have a military background in either the Royal Marines or British Special Forces.

Britannia Risks Group, a maritime security company, for instance, boasts a strong team with "a combination of former Royal Marines/Academics and Mariners delivering unrivalled client experience." The actual figure is likely to be higher than 65%, as many may employ former army members without explicitly mentioning it.

The close ties between the military and the private sector translates into a physical presence. At least nine private military companies are located in Hereford, near the headquarters of the Special Air Service (SAS). The employment of former military personnel is, by many, perceived as an automatic guarantee for good conduct and the former soldiers, who are now pursuing a more lucrative career in the private industry, are seen as 'heroes' in the eyes of many.

There are, however, several issues that this raises.

The impression of guaranteed professionalism that comes with the hiring of ex-servicemen can lead to a lack of scrutiny in the employment process. In 2009 a former British Army paratrooper shot two G4S colleagues in Iraq. The former soldier had been deployed by G4S, one of the world's biggest security companies, despite being discharged from the British army and diagnosed with post traumatic stress disorder. G4S later admitted "systemic failures in vetting process". Something similar also happened in 2016, when G4S had to explain why they had falsely claimed one of their contractors had passed the mandatory screening to carry a gun. The contractor, Omar Mateen, later carried out the worst mass shootings in recent American history when he killed 49 people at a nightclub in Florida.

Combat Stress, the veterans' mental health charity, has reported over 2,200 referrals for trauma-related mental health in one year. A paper surveying both serving personnel (regular and reserve) and veterans found that the weighted prevalence of common mental health disorders was 27.2%. The risk of suicide in men aged 24 and younger who have left the armed forces is about two to three times higher than the risk for the same age group in the general and serving populations. Such veterans can't be guaranteed mental health support in the private military and security industry. While the appearance might be of a 'continuation' of armed service, the reality is different.

In practice, private military and security contractors operate under less scrutiny than national armed forces. There is concern the British government considers private military contractors an unofficial extension of their work, able to do what the national army cannot. This clearly raises questions relating to accountability and – even – the possibility of privatised ‘black Ops’.

Compliance with the law

The issue of working within the law stalked this inquiry. Internationally, there has been one attempt to monitor private military and security companies’ levels of compliance with international standards. The International Code of Conduct (ICoC), set up in 2010 under an initiative by the Swiss government. Yet out of the 235 companies, only 15 are members of the ICoC. Only seven percent have a ‘compliance’ section on their websites (out of the 212 functioning sites). More than 90% fail to mention compliance or standards.

Overall, then, UK-based mercenary companies seem to operate under a system of ‘self-regulation’ and national laws – even when operating in international zones where national laws are often poorly enforced and police forces are stretched paper thin.

The language used by the companies who do mention compliance measurements is often vague. Some say they ‘aim’ to operate within the law, or that they will comply ‘where possible’. In many cases, it seems as if the clients’ needs are the singular priority. For example, one company claims on a banner on its website that ‘we don’t blink when you want to be secure and safe.’ This is far from illegal, but it does raise the question: how much are human rights considered in that blink of an eye.

Furthermore, the growing anti-piracy industry has raised a number of issues relating to legal status on international waters. The legal no-man’s land of such seas has arguably enabled private military contractors to circumvent national laws, leading them to bring arms illegally into countries – either knowingly or unknowingly – as a trend of ‘floating armouries’ has evolved. The spectre of an uncontrolled spread of arms without fear of legal consequences certainly haunts such debates.

Moreover, it’s not clear who might prosecute a private security company that uses force on international waters, such as one – for example – implicated in shooting civilian fishing vessels. We do not know how many armed violence incidents occur with British security companies on the high seas, and how many civilians may have been killed or injured in such firefights.

Some commentators have claimed that the UK’s private security market has radically reformed itself in recent years, away from the ‘fast and loose’ trading environment of the early days of the War on Terror. They claim that the International Code of Conduct for Private Security Service Providers that some companies sign up to provides standards that are kept. But this code of conduct remains voluntary and, despite the protestations of the industry being well-run, our investigation suggests strongly otherwise.

The Security in Complex Environments Group, an organisation set up to develop standards for British security companies working abroad, is led by director, Brigadier Paul Gibson – former director of counter-terrorism and UK operations. In 2016, he told the Guardian Newspaper that ‘You’re always going to have rogue companies in any business sector. If a client is prepared to take a risk by using a private security company that is not regulated, that is a matter for the client. That is absolutely not the way British private security companies are currently operating.’ After looking closely at the industry, we’d beg to differ.

Call to action

Action on Armed Violence's investigation of 235 UK-based, internationally operating, private military and security companies has illustrated numerous areas of concern about this often hidden industry, where profit-seeking private entities are trusted with governmental security tasks, while themselves being subject to a perilously weak system of 'self-regulation'.

Our research has raised special concerns about the British state's inclination to outsource government tasks to private contractors, a support that has been indispensable for the private security industry's growth and profits. Outsourcing military forces does not just undermine states' claimed monopoly on the legal use of force, but given the lack of scrutiny of private military and security companies, private contractors may enable governments to get tasks done that avoid the scrutiny that comes with national force deployment.

Even though the foreign office argues that UK-employed private military and security companies are just conducting defensive operations, and hence not qualified as 'mercenaries', the lack of transparency that pervades the industry offers little in the way of assurances or reasons to trust this statement. Until Britain's mercenary industry shows greater transparency and oversight, Action On Armed Violence calls on the British government to take its declared human rights ambitions seriously. It must stop deploying private military and security companies to countries that have major human rights concerns.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern